iv positionen
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
Oktober 2022

Leistung muss sich wieder lohnen!

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

INDUSTRIELAND ÖSTERREICH
Mehr als 400 Persönlichkeiten feierten den Tag der Industrie 2022 *Seite 5*

INNOVATION
KI, Daten und Digital Skills – jetzt die Weichen für die Zukunft stellen *Seite 8*

VORARLBERG
Land plant Güterverkehr mit falschen Prognosen *Seite 10*

Wirtschaftspolitische Herausforderungen in Italien

Hohe Schulden, Energiekrise und Inflation – wirtschaftliche Stabilität wird für Meloni zur Mammutaufgabe.

Es ist die mittlerweile 68. Regierung in Italien seit 1946. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an die voraussichtlich neue Regierungschefin Giorgia Meloni von Fratelli d'Italia und ihr Bündnis mit der rechtspopulistischen Lega und der konservativen Forza Italia. Die politische Instabilität mit ihren häufigen Regierungswechseln ist dem Wunsch der Bevölkerung nach Veränderung, um schließlich Stabilität zu erreichen, geschuldet. Wirtschaftspolitisch keine leichte Aufgabe, denn die Staatsverschuldung ist mit rund 150 Prozent des BIP nach wie vor sehr hoch – nach Griechenland der zweithöchste Wert in Europa.

„Für die EU ist es enorm wichtig, dass Italien auf den Finanzmärkten glaubwürdig bleibt. Italien hat als eine der größten Volkswirtschaften in Europa eine ganz andere Dimension als Griechenland", sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen und Märkte bei der IV.

Wichtiger Markt für Österreich

Gerade der hoch industrialisierte Norden Italiens sei eines der bedeutendsten Wirtschaftszentren der EU und auch für Österreich ein wichtiges Zentrum des Handels und der Investitionen. Italien ist für Österreich bei Exporten die zweitwichtigste Destination nach Deutschland: 2021 exportierten österreichische Unternehmen Waren im Wert von mehr als elf Milliarden Euro in das südliche Nachbarland.

Neben der hohen Staatsverschuldung wird sich Melonis Regierung für ein Eindämmen der Inflation einsetzen müssen und die Umsetzung des gewichtigen EU-Wiederaufbauplans vorantreiben. Italien ist der größte Empfänger dieser EU-Hilfsgelder und muss dafür in den kommenden Monaten und Jahren noch zahlreiche Meilensteine erreichen.

Energieversorgung

Und dann ist da noch die Energiekrise. Italien ist gemessen am Energieverbrauch auf Rang vier der europäischen Länder. Bisher ist es bereits gelungen, den Anteil an russischem Gas bei den Gasimporten von 40 Prozent auf 25 Prozent zu senken. Für Italien wird es aber wichtig bleiben, strategische Partnerschaften zu schließen oder auszubauen. „Der Kurs der Regierung wird davon bestimmt sein, mit afrikanischen Nachbarn für Energiesicherheit in Italien zu sorgen", sagt Löwy. Die Frage steigender Preise hingegen ist kompliziert: „Angesichts der hohen Staatsschulden stellt sich natürlich die Frage, welchen Spielraum das Bündnis überhaupt für Hilfspakete wie in Österreich hat", so Löwy. Die Erwartungen an das neue Bündnis in Italien sind hoch und der Handlungsspielraum gering – die Wirtschaftspolitik wird für Meloni keine leichte Aufgabe.

60 Jahre Wildganspreis – Gertraud Klemm ausgezeichnet

Der renommierte Literaturpreis „Anton Wildgans" ging dieses Jahr an die Schriftstellerin Gertraud Klemm.

Der „Literaturpreis der Österreichischen Industrie – Anton Wildgans" feiert 2022 sein 60. Jubiläum. „Die Rolle von Kunst, Kultur und Literatur für die Gesellschaft kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Literatur setzt wichtige Impulse in der Gesellschaft, indem sie Geschichten erzählt, Kritik äußert, Dinge in Frage stellt und zum Nachdenken anregt. Als Industriellenvereinigung war und ist es stets unser Anspruch, gesamtgesellschaftlich zu denken, zu handeln und unsere Verantwortung für die Menschen wahrzunehmen", sagte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer anlässlich des Festaktes zur Verleihung des renommierten Literaturpreises 2022.

Der Wildganspreis ging dieses Jahr an die Schriftstellerin Gertraud Klemm. Geboren 1971 in Wien, studierte sie Biologie und arbeitete dann als Gutachterin bei der Stadt Wien. Seit 2006 steht ihr literarisches Schaffen im Zentrum ihrer Arbeit. Romane wie „Herzmilch", und „Aberland" folgten. 2016 brach sie mit ihrem Roman „Muttergehäuse" ein gesellschaftliches Tabu und thematisierte ihren unerfüllten Kinderwunsch. Zuletzt setzte sie mit ihrem Roman „Hippocampus" ein Zeichen für die gleichberechtigte Wahrnehmung von Frauen.

GEWINNSPIEL

Die iv-positionen verlosen anlässlich der Verleihung des Wildganspreises drei signierte Exemplare von Gertraud Klemms Roman „Hippocampus". Um an der Verlosung teilzunehmen, schicken Sie bitte ein E-Mail an: **sara.grasel@iv.at**

Schriftstellerin Gertraud Klemm mit IV-Generelsekretär Christoph Neumayer

GASTKOMMENTAR

Von Krisen(erfolgs)rezepten

Manchmal lernt man aus Krisen. Manchmal lernt man aus Erfolgen. Doch manchmal vergisst man die eigenen Erfolgsrezepte? Warum kam Österreich 2008 vergleichsweise gut aus der gewaltigen globalen Finanzkrise? Nein, es waren nicht nur die segensreichen Handlungen einer lokalen Regierung. Es war eine Tatsache: Österreich hatte noch immer eine echte Industrie. In vielen anderen Ländern wie Großbritannien und teils auch Frankreich war die Deindustrialisierung in den Jahrzehnten davor und der breite Umbau der Volkswirtschaften in Dienstleistungsgesellschaften als heimliches Erfolgsrezept verkauft worden: So sei man endlich unabhängig von Konjunktur und globalen Märkten. Deutschland und Österreich hatten zwar eine Bankenlandschaft, die mit und unter der Finanzkrise mitlitten und Staatshilfen brauchten. Doch die Industrie in den beiden Ländern lief robust. Und das Phänomen sollte sich wiederholen: Als die Pandemie das Leben still stellte, Menschen in den Lockdown zwang und den Dienstleistungsverkehr zum Erliegen brachte, war es wieder die Industrie, die rasch wieder ansprang und durchlief. Die die Wirtschaft einigermaßen am Brummen hielt.

Und nun? Scheint das Rezept fast vergessen oder die Mittel dafür, es umzusetzen, zu fehlen. Die Konstellation aus Energiepreis-Explosion und (notwendiger) CO2-Reduktion könnten zu einem massiven Einbruch der Industrie führen. Langfristig noch schlimmer: Eine Verlagerung von Industrien und Arbeitsplätzen in Länder, die diese Probleme nicht oder kaum kennen könnte für viele Vorstände das Gebot der Notwendigkeit sein. Verantwortung für Mitarbeiter, Eigentümer und für das Überleben ihres Unternehmens könnte sie zu solchen Entscheidungen zwingen. Vielleicht sollte diese kleine Industriegeschichte der 2000er-Jahre den Regierungen kurz zu denken geben: Deindustrialisierung geht schnell, Reindustrialisierung dauert ewig.

Rainer Nowak, Chefredakteur und Herausgeber Die Presse

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

Fotos: „Die Presse"/Peter Riguard, iv/Markus Prantl

Wir brauchen mehr Leistungswillen denn je!

Derzeit stöhnen Unternehmen und Bürger unter den hohen Energiekosten – dabei dürfen wir den massiv steigenden Arbeitskräftemangel nicht übersehen. Wer soll in Zukunft Anlagen für die Energiewende bauen, programmieren, Brot backen und Kinder ausbilden?

IV-MEINUNG

Gute Nachrichten sind derzeit rar, und auf den ersten Blick ist es eine: Die Arbeitslosenquote ist in Österreich auf ihrem Tiefststand seit 14 Jahren. Besonders stark ist sie in den Bereichen Zeitarbeit und in der Industrie zurückgegangen – beides Zeichen für eine gegenwärtig noch (!) gute wirtschaftliche Lage. Das zeigt uns, dass die Auswirkungen der aktuellen Krisen in ihrer vollen Ausprägung erst kommen. Und gleichzeitig gibt es eine Kehrseite: Uns gehen die Arbeitskräfte aus.

Der Arbeitskräftemangel ist neben der digitalen und Energietransformation die größte wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Die Lücke zwischen offenen Stellen und Menschen, die Arbeit suchen, wird immer kleiner. Nachgefragte Kompetenzen entsprechen immer seltener dem Angebot und gleichzeitig ist absurderweise die Debatte über die 35-Stunden-Woche wieder aufgeflammt. Diese Probleme treffen uns mit voller Wucht in einer Zeit, in der wir mehr (!) und nicht weniger Leistungswillen bräuchten. Wir brauchen Menschen, die beispielsweise PV-Anlagen aufstellen, die programmieren, unser Brot backen und unsere Kinder ausbilden. Wir brauchen Leistungswillen, der gefördert und belohnt werden sollte – egal, ob es um eine Begünstigung von Überstunden geht oder um steuerliche Anreize, um von Teilzeitarbeit in einen Vollzeitjob zu wechseln. Für diesen Wechsel braucht es zudem dringend den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung in Österreich.

Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer-Generation gehen in den kommenden Jahren in Pension. Seit den 1970er-Jahren ist das faktische Pensionsalter in Österreich nicht gestiegen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. Menschen bleiben länger fit und längst wurde diese Gruppe als kaufkräftige Zielgruppe entdeckt. Es ist höchste Zeit, sie auch länger im Arbeitsmarkt zu halten, denn: Arbeit stiftet Sinn. Und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für Unternehmen wertvoll. Im Pensionsalter sollen sich nicht aufgrund von Steuern und Beiträgen nur Mini-Jobs auszahlen. Hier schlummert eines der größten Arbeitskräftereservoirs, das darauf wartet, aktiviert zu werden.

Als einer der größten Arbeitgeber Österreichs soll und kann die Industrie die aktuellen Umbrüche am Arbeitsmarkt aktiv mitgestalten. Mit vereinter Kraft werden wir Lösungen finden für den aktuellen Mismatch an Angebot und Nachfrage bei Arbeitskräften, in der Transformation hin zu neuen Arbeitswelten Kraft schöpfen und weiterhin mit Menschen die Zukunft gestalten, die bereit sind, die Extrameile zu gehen – denn es braucht sie mehr den je!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

„Die globale Marktwirtschaft hat uns viel Wohlstand gebracht, sie zeigt uns aber auch, dass Einzelereignisse ausreichen, um sie aus dem Gleichgewicht zu bringen. Unsere Reaktion darauf muss sein, die Ursachen und Wirkungen zu bestimmen, um daraus Lösungen abzuleiten."

Karl Nehammer
Bundeskanzler

„Klar ist, dass der enorme, fast extreme Wirtschaftsaufschwung nun vorbei ist, eine echte Rezession erwarte ich - solange Gas fließt - jedoch nicht."

Johannes Kopf
Vorstandsmitglied AMS

„Digitalisierung bringt die nötigen Impulse für Wachstum und Wohlstand in unserem Land und in ganz Europa. Künstliche Intelligenz hat sich in den letzten Jahren dabei als eine der Schlüsseltechnologien herauskristallisiert und kann eine Vielzahl von positiven Effekten mit sich bringen."

Florian Tursky
Staatssekretär Digitalisierung

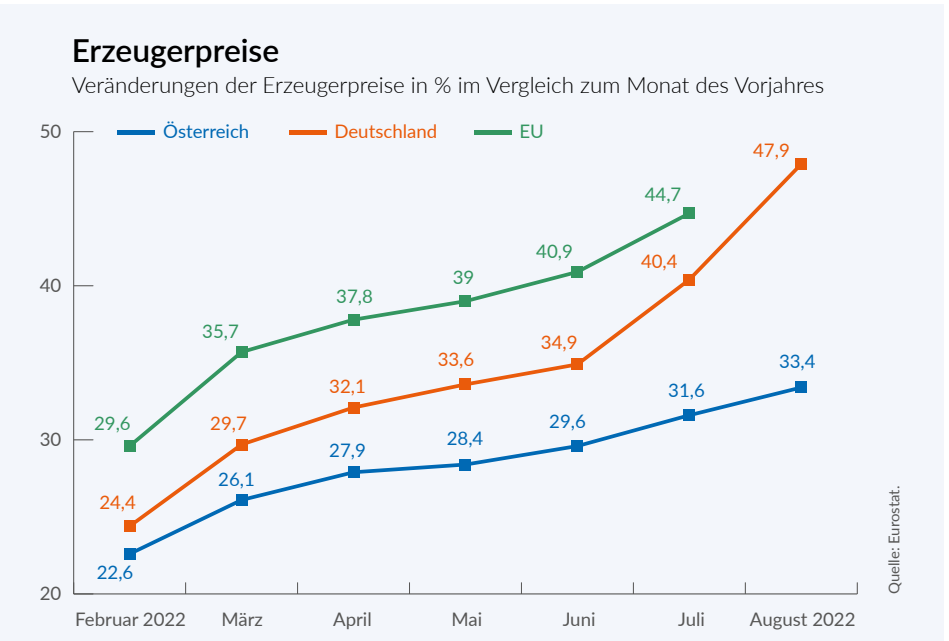
AKTUELLES IN KURZE

POSTING DES MONATS

Fotos: Philipp Horak, IV

GRAFIK DES MONATS

Im August erhöhten sich die Preise, die Hersteller für ihre Waren erhalten, laut Eurostat auf Jahressicht um 43,3 Prozent. Es ist der stärkste Zuwachs seit Bestehen der Währungsunion. Im Energiesektor stiegen die Preise besonders stark. Energie verteuerte sich im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2021 um 116,8 Prozent. Auch Vorleistungsgüter wurden erheblich teurer. Die Erzeugerpreise erfassen den Preisdruck auf Herstellerebene, indem sie die Verkaufspreise der Produzenten abbilden.



ZAHL DES MONATS

8

Mit dem 8. Rang im Europäischen Innovationsranking (EIS) bestätigt Österreich sowohl seine Position des Vorjahres als auch seinen Status als „Strong Innovator". „Das ist grundsätzlich erfreulich, aber leider schafft es Österreich seit Jahren nicht, aus dieser guten Mittelfeldposition auszubrechen und an die Spitze vorzustoßen", sagt der IV-Generalsekretär Neumayer anlässlich der Veröffentlichung des EIS 2022 durch die Europäische Kommission. Doch gerade das wäre im Lichte der multiplen Krisen dringender nötig als je zuvor. Die Unternehmen halten jedenfalls ihren Innovationskurs, wie das EIS 2022 anhand der privaten F&E-Ausgaben bestätigt. Dies wird auch anhand aktueller Daten der österreichischen Industrie widergespiegelt: „Unsere Industrie-Leitbetriebe haben in den Coronajahren 2020 und 2021 ihre Forschungsausgaben um drei Prozent bzw. vier Prozent erhöht. Und sie werden bis 2025 sogar noch um weitere 18 Prozent steigen", so Neumayer.

Knill: „Energieversorgung für kommende Winter sichern"

Energiekrise, Inflation, Fachkräfte – multiple Herausforderungen belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. IV-Präsident Georg Knill im Interview.

Wie sehr belastet die Multikrise die heimischen Unternehmen?
Knill: Wir befinden uns in einem äußerst schwierigen Umfeld zwischen Fachkräftemangel und geopolitischen Verwerfungen mit Auswirkungen auf Lieferketten. Am dramatischsten ist für die Unternehmen jedoch die aktuelle Situation auf den Gas- und Strommärkten. Die Lage bedroht mittlerweile die Substanz des Wirtschaftsstandortes Österreich. Unternehmen haben kaum mehr die Möglichkeit, in Österreich wirtschaftlich zu produzieren – Abwanderungen stehen durchaus im Raum. Wenn das passiert, droht uns ein signifikanter Verlust an Wohlstand.

Die Bundesregierung will nun mehr als eine Milliarde in die Hand nehmen, um heimische Unternehmen zu unterstützen. Wird dieses große Entlastungspaket helfen?
Die Aufstockung des Energiekostenzuschusses von 450 Millionen Euro auf 1,3 Milliarden Euro ist eine erste Linderung für betroffene Betriebe, aber bei weitem noch nicht ausreichend, um den enormen Druck nachhaltig zu dämpfen. Aufgrund der sprunghaft angestiegenen Preise ergibt sich jedoch eine Dringlichkeit, diese Hilfsmittel auf rund 2,5 Milliarden Euro aufzustocken und damit an den Anstieg der Energiekosten in den vergangenen Monaten anzupassen. Darüber hinaus müssen dringend weitere Schritte auf nationaler und europäischer Ebene folgen.

Auch Sie fordern nun einen Markteingriff, um die aus den Fugen geratenen Energiemärkte wieder in den Griff zu bekommen. Wo soll hier eingegriffen werden?
Europäische Herausforderungen, brauchen europäische Antworten. Wir fordern daher einerseits eine Entkoppelung des Gaspreises vom Strompreis durch eine Unterstützung des Gaspreises und Unterstützung bei zu hohen Preisausschlägen beim Gaspreis - das Extreme-Peak-Modell brächte somit rasche Entlastung, denn ab einer gewissen Grenze sollen die Kosten staatlich subventioniert werden.

Georg Knill ist Präsident der Industriellenvereinigung

Andererseits braucht es eine temporäre Begrenzung des Strompreises auf EU-Ebene. Man könnte auf Basis der bestehenden Merit Order einen Höchstpreis für Strom durchsetzen, etwa indem der Gasverbrauch für Kraftwerke staatlich gestützt wird.

Erst kürzlich wurde gemeldet, dass die heimischen Gasspeicher zu 80 Prozent gefüllt sind. Entschärft das nicht die Lage?
Um diesen Winter mache ich mir vorerst keine Sorgen mehr, denn durch einen Schulterschluss von Industrie und öffentlicher Hand ist es gelungen, die Gasspeicher entsprechend zu füllen und Leitungskapazitäten für 40 Terawattstunden nicht-russisches Gas zur Verfügung zu stellen. Damit ist die Versorgung mit Gas für diesen Winter vorerst sichergestellt. Jetzt müssen wir uns darum kümmern, dass wir auch die Energieversorgung für die kommenden Winter sichern, denn in der Industrie werden wir Erdgas noch eine Zeit lang brauchen.

Wie groß ist der Standortnachteil für Österreichs Industrie durch die gestiegenen Energiepreise?
Die sprunghaft um mehrere hundert Prozent gestiegenen Energiepreise bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit und teilweise sogar die Existenz österreichischer Industriebetriebe. Die hohen Energiepreise sind leider ein weitgehend europäisches Phänomen: In Österreich sind die Energiepreise beispielsweise derzeit siebenmal höher als in den USA. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, um die Kostensituation für die österreichische produzierende Industrie einzudämmen, denn 61,5 Prozent unserer Waren müssen auf internationalen Märkten bestehen.

Was muss nun passieren, um den Standort Österreich auch in Zukunft für den globalen Wettbewerb fit zu halten?
Wir brauchen dringend Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche und zukunftsfitte produzierende Industrie, die international wettbewerbsfähig ist. Dafür müssen wir kurzfristig in den sauren Apfel beißen und in den dysfunktionalen Energiemarkt eingreifen. Langfristig braucht es einen guten Rahmen für mehr Unabhängigkeit und strategische Partnerschaften in der Energieversorgung. Darüber hinaus bleibt der Arbeits- und Fachkräftemangel auf der Agenda – wir brauchen die Menschen für die Klima- und digitale Transformation.

Innovation in der Kommunikation fördern

Der PRVA unterstützt mit Netzwerk und Wissenstransfer bei einer modernen Unternehmenskommunikation.

Die Kommunikationsbranche befindet sich im Umbruch und die Anforderungen an moderne Unternehmenskommunikation sind vielschichtiger geworden. Das stärkt auch die Bedeutung starker Branchennetzwerke, die den Austausch und Wissenstransfer fördern. Für Kommunikatorinnen und Kommunikatoren ist in Österreich der Public Relations Verband Austria (PRVA) mit rund 800 Mitgliedern die wichtigste Interessenvertretung und auch die hat sich im vergangenen Jahr neu positioniert. „Neben ihrer entscheidenden Rolle für den gesellschaftlichen Diskurs ist professionelle Kommunikation ein wichtiger Standortfaktor und führt damit zu mehr Wertschöpfung für Unternehmen", sagt Karin Wiesinger, Präsidentin des PRVA, und fügt hinzu: „Wir verstehen uns als zentrale Netzwerk-, Weiterbildungs- und Informationsplattform für Kommunikatorinnen und Kommunikatoren in ganz Österreich. Dabei liegt unser Augenmerk immer auf der Vermittlung zukunftssicherer Fähigkeiten und aktueller internationaler Entwicklungen."

V.l.n.r.: PRVA-Geschäftsführerin Ute Greutter, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und PRVA-Präsidentin Karin Wiesinger mit Preisträgerinnen

INFORMATION

Der Wissenschaftliche Senat bietet IV-Mitgliedern jetzt einen kostenlosen Einstieg als Senator – der Jahresbeitrag wird erst für 2023 fällig. Dieses Angebot gilt auch für den PRVA und neue Wirtschaftspartner.

Für mehr Informationen einfach den QR-Code scannen:

Kommunikationsforschung

Der Wissenschaftliche Senat des PRVA nimmt Personen und Unternehmen als Senatoren auf, die mit ihren Beiträgen Forschungsvorhaben und Studien zu aktuellen Fragen aus der Kommunikationspraxis ermöglichen. Gleichzeitig können Mitglieder Aufträge für eigene Projekte über das starke Senats-Netzwerk an sämtliche wissenschaftliche Institute im Kommunikationsbereich ausschreiben. Dadurch kommen Projekte zustande wie im Zusammenhang mit der Automatisierung beim Auslesen von Content in Zusammenarbeit von APA de facto und der FH St. Pölten. „Diese Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis ist ein großes Anliegen. Sie ist eine der ganz großen Stärken des Wissenschaftlichen Senats und ein Turbo für die Innovationskraft der Kommunikationsbranche in Österreich", sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Senats.

Fotos: APA-Fotoservice/Schedl

TAG DER INDUSTRIE 2022

Unter dem diesjährigem Motto #IndustrielandÖsterreich feierten mehr als 400 hochkarätige Persönlichkeiten den Tag der Industrie 2022 in Wien. Bundeskanzler Karl Nehammer und IV-Präsident Georg Knill betonten in ihren Redebeiträgen den zentralen Stellenwert der heimischen Industrie für die österreichische Gesamtwirtschaft.

Gemeinsam konnten Präsident Georg Knill, Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vizepräsident F. Peter Mitterbauer und Generalsekretär Christoph Neumayer zahlreiche Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Haus der Industrie begrüßen: Unter anderem die zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Finanzminister Magnus Brunner, Wirtschaftsminister Martin Kocher, Außenminister Alexander Schallenberg, Bildungsminister Martin Polaschek, Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm und Digitalisierungsstaatssekretär Florian Tursky.

Ebenfalls unter den Gästen des diesjährigen #TDI'22 waren die Klubobleute August Wöginger, Sigrid Maurer und Beate Meinl-Reisinger sowie BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer.

UNSERE INDUSTRIE STEHT FÜR...

...gut ein Viertel der heimischen Wirtschaftskraft

...eine Million an sicheren und hochqualitativen Arbeitsplätzen

...fast die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungsausgaben Österreichs

...eine Exportintensität von 62 Prozent

Kein anderer Sektor ist damit dermaßen ausschlaggebend für Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land.

WEBTIPP

Hier geht es zum Video mit den besten Eindrücken des Abends:

Fotos: Opus Marketing / IV

Wege aus der Krise am Arbeitsmarkt

Neben den Energiekosten entwickelt sich der Mangel an Arbeitskräften in Österreich zur größten wirtschaftspolitischen Herausforderung. Eine Krise mit vielen Dimensionen.

Österreich gehen die Arbeitskräfte aus. Im September meldeten Unternehmen beim AMS rund 129.000 sofort verfügbare offene Stellen – ein anhaltendes Rekordniveau. Berücksichtigt man auch nicht gemeldete Stellen, gehen Experten von rund 250.000 offenen Jobs aus. Gleichzeitig waren im September knapp über 306.000 Menschen arbeitslos; nach wie vor liegt dieser Wert weit unter Vorkrisenniveau. Mit 5,7 Prozent ist die Arbeitslosenquote in Österreich auf dem niedrigsten Stand seit 14 Jahren. Noch deutlicher zeigt sich der Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt in der Industrie. Im produzierenden Sektor gab es im August bei den als offen gemeldeten Stellen einen Zuwachs von 92 Prozent (!) im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 – im selben Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen um 9,4 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr war die Industrie im September mit 14 Prozent der Bereich mit dem zweitstärksten Rückgang. Lediglich Zeitarbeiter waren noch gefragter.

„Das ist ein Problem, das uns jetzt mit voller Wucht trifft. Gerade in einer Zeit, in der wir alle gefordert sind, mehr zu leisten und es einen gemeinsamen Kraftakt braucht, um Krisen zu bewältigen, gehen uns die Arbeitskräfte aus", sagt IV-Präsident Georg Knill. „Hier braut sich ein Sturm zusammen, der uns nicht nur Wachstum und Wohlstand kostet. Und wir reden längst nicht nur von hochqualifizierten Ingenieuren und Programmiererinnen. Es fehlen auch Kraftfahrer und Lagerarbeiterinnen. Wer soll denn die Anlagen bauen, die wir für die Energiewende brauchen? Wer bildet unsere Kinder aus und wer pflegt die Alten und Kranken?".

Flexibilität

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich auch in der Arbeitswelt ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die Pandemie hat in weiten Bereichen der Wirtschaft den bisherigen Konsens, wann und wo Arbeit erledigt wird, aufgebrochen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fordern die neu entdeckten Freiheiten selbstbewusst ein. Remote Work bietet flexiblere Möglichkeiten, Arbeitszeit mit anderen Tätigkeiten zu vereinbaren. Und: Wer von der eigenen Wohnung aus arbeiten kann, kann seine Arbeit vielleicht auch gleich an einem ganz anderen Ort erledigen. Wie so oft hinken hier die Rahmenbedingungen hinterher und Unternehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Remote-Arbeitsplatz im Ausland ermöglichen wollen, stehen vor steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Herausforderungen.

> *„Wer soll denn die Anlagen bauen, die wir für die Energiewende brauchen? Wer bildet unsere Kinder aus und wer pflegt die Alten und Kranken?"*

Doch zurück zum Arbeitskräftemangel. „Es gibt kaum einen Zeitpunkt, der besser geeignet wäre, um ein Leistungspaket vorzulegen. Nur mit besonderem Einsatz können wir uns in Zeiten von Energiekrise und Rekordinflation schneller aus der Krise herausarbeiten. Es braucht viel stärkere steuerpolitische Anreize, damit sich Leistung wieder lohnt in unserem Land. Unseren Wohlstand erhalten und bauen wir nicht mit Work-Life-Balance aus, sondern nur mit Engagement und freiwilliger Mehrleistung. Deswegen gilt es, alle Potenziale am Arbeitsmarkt – von den Jungen über Frauen bis zu den Pensionisten – durch Anreize, die sich deutlich in der Geldbörse der Menschen auswirken, zu heben: Vollzeitarbeit, Überstunden, Nachtarbeit oder auch Weiterarbeiten nach Erreichen des Regelpensionsalters müssen steuerlich gefördert und nicht bestraft werden", sagt der Präsident der IV Oberösterreich, Stefan Pierer.

Extrameilen

Flexibel zu arbeiten bedeutet nicht automatisch weniger zu arbeiten. Es gibt zahlreiche Menschen, die in ihren Jobs mehr leisten und für ihre Ziele Extrameilen laufen. 2021 wurden in Österreich laut Statistik Austria offiziell 190.600.000 Überstunden geleistet – der wahre Wert liegt wohl noch bedeutend höher. Diese Mehrarbeit muss gewürdigt werden und sich lohnen – etwa durch eine weitere steuerliche Begünstigung von Überstunden. Das könnte laut Berechnungen des IV-Chefökonomen Christian Helmenstein die verfügbaren Einkommen in Österreich um 920 Mio. Euro pro Jahr stärken und brächte jährlich eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von 763 Mio. Euro. Von all den Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt gehört der demografische Wandel zu den größten Herausforderungen. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Pension und das wird den Arbeitsmarkt nachhaltig verändern. Die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren geht laut Prognose der Statistik Austria in den nächsten 30 Jahren um knapp fünf Prozent zurück. Hinzu kommt, dass das faktische Pensionsantrittsalter in Österreich nach wie vor vergleichsweise niedrig ist. „Hier braucht es dringend stärkere Anreize, länger zu arbeiten und einen Bonus für jene, die das bereits tun. Das hat auch eine starke gesellschaftliche Komponente, denn Arbeit ist für viele mehr als nur Erwerbstätigkeit – sie stiftet im Idealfall Sinn. Gleichzeitig geht es für Unternehmen um einen wertvollen Wissens- und Erfahrungsschatz", sagt Knill. Würde in Österreich im Alter länger gearbeitet, ließen sich weitere 40 Mio. Euro an verfügbaren Einkommen generieren, die eine zusätzliche Bruttowertschöpfung im Inland in Höhe von 33 Mio. Euro auslösen.

Lehrlings-Lücke

Auch am anderen Ende der Lebensphase der Erwerbstätigkeit klafft eine Lücke. Im September 2022 wurden um 4.779 mehr Lehrstellen beim AMS ausgeschrieben, als Lehrstellensuchende vorgemerkt waren. Die Wurzel dieses Problem liegt sicherlich auch nach wie vor im ausbaubaren Image, die dieser praxisnahe Ausbildungsweg in Österreich hat – das zeigt auch eine aktuelle Umfrage im Auftrag der IV, in der der Großteil der befragten jungen Menschen die Lehre nur als zweite Wahl auf ihrem Bildungsweg angab. Die Industriellenvereinigung setzt sich daher für eine breite Informationsoffensive und auch eine im Bildungssystem verankerte Berufs-orientierung ein. Ein zunehmender Teil des Lehrlingsmangels ist aber auch auf die demografische Verschiebung in Österreich zu-

rückzuführen: Es gibt immer weniger junge Menschen. Grundsätzlich wird Österreich künftig verstärkt im Ausland nach Fach- und Arbeitskräften suchen müssen – ein Schritt, der gezielt und strategisch erfolgen sollte, um von Erfolg gekrönt zu sein. Die ersten Weichen dafür wurden bereits gestellt: Waren es 2021 lediglich 3.500 Rot-Weiß-Rot-Karten, die an Fachkräfte aus Drittstaaten ausgestellt wurden, rechnet das Wirtschaftsministerium mit einem zusätzlichen Potenzial von 10.000 bis 20.000 Arbeitskräften durch die jüngste Reform.

„Unseren Wohlstand erhalten und bauen wir nicht mit Work-Life-Balance aus, sondern nur mit Engagement und freiwilliger Mehrleistung."

Teilzeit-Hochburg

Österreich ist im internationalen Vergleich eine Hochburg der Teilzeitarbeit. Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet weniger als Vollzeit – bei Männern sind es rund elf Prozent. Hier gibt es nicht nur ein massives Potenzial an Arbeitskraft, die aktiviert werden kann. Hier geht es auch um Frauenkarrieren, die in Teilzeit nicht so rasch vorankommen und damit über längere Zeiträume betrachtet große Gehaltseinbußen in Kauf nehmen müssen. Es ist für Frauen ein Problem, das sich bis in die Pension zieht, und eine der Hauptursachen für Altersarmut.

Den Anteil der Vollzeitbeschäftigten zu heben hätte durch die Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Österreich um 1,06 Mrd. Euro auch gesamtwirtschaftliche Effekte auf Kaufkraft und Wohlstand im Land. Unter Berücksichtigung von privaten Ersparnissen und Abflüssen an das Ausland nimmt dadurch zugleich die in Österreich erzielte Wertschöpfung um 883 Mio. Euro pro Jahr zu.

Defizite in der Kinderbetreuung

Der wichtigste Faktor für (unfreiwillige) Teilzeitarbeit ist seit langem bekannt: In Österreich gibt es Regionen, in denen Kindergärten in der Mittagspause geschlossen sind und es oft sogar den ganzen Nachmittag bleiben. Bei der Kleinkindbetreuung gibt es im internationalen Vergleich große Defizite. Während in Wien der Anteil an verfügbaren Betreuungsplätzen bei über 44 Prozent der Unter-3-Jährigen liegt, gibt es Bundesländer, in denen nicht einmal jedes fünfte Kleinkind betreut werden kann.

Gerade dieser wichtige Punkt, mehr Frauen in die Vollzeit-Beschäftigung zu bringen, ist eine Mammutaufgabe mit mehreren Dimensionen. Denn hier schließt sich der Kreis: In der Elementarbildung wird händeringend nach Personal gesucht und die derzeit hohen Baukosten bremsen die Errichtung entsprechender Einrichtungen. Der Mangel an Arbeitskräften ist eine der größten wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

VIER LÖSUNGSANSÄTZE FÜR HERAUSFORDERUNGEN AM ARBEITSMARKT

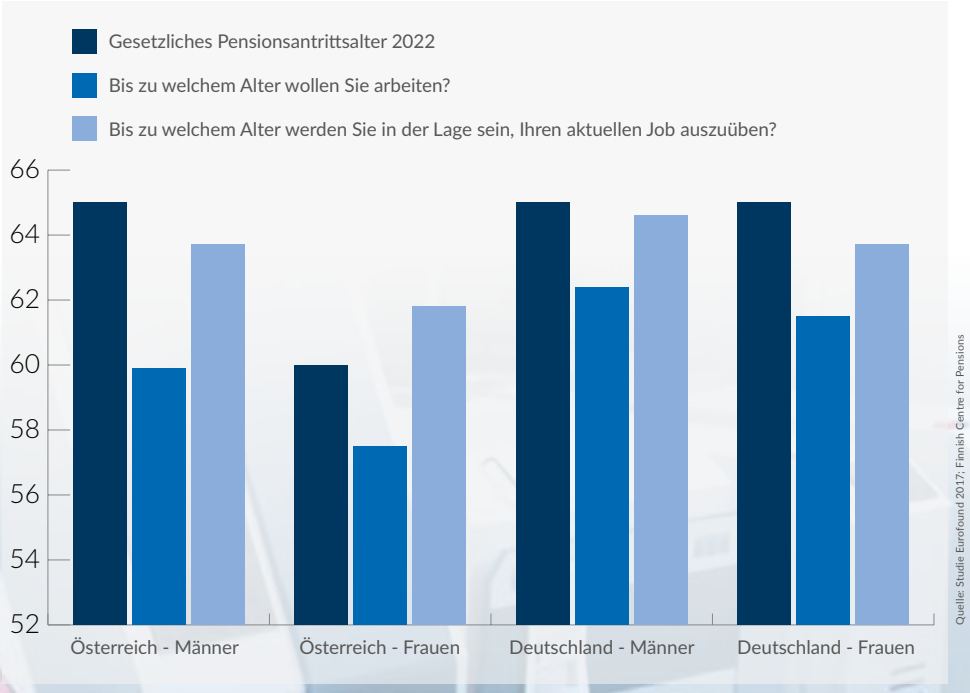
1. Aus der Teilzeit in die Vollzeit!
Ein Anteil des Einkommens soll bei Erfüllung des Kriteriums der Vollzeitarbeit von der Einkommensteuer befreit sein.

2. Mehrleistung belohnen!
Erhöhung der Anzahl steuerlich begünstigter Überstunden auf 20 Stunden und der Grenze für die Steuerbefreiung auf 600 Euro.

3. Leistungsbonus im Alter!
Vollständiges Entfallen der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung nach Erreichen des Regel-Pensionsalters und Halbierung der Bemessungsgrundlage des Erwerbseinkommens.

4. Vorbild Kanada: Qualifizierte Zuwanderung!
Ausweitung und Anwendung der Zuzugsbegünstigung im Einkommenssteuergesetz auf Fachkräfte. Zusätzlich Erhöhung des Freibetrags für Werbungskosten/ Betriebsausgaben auf 30% der Einkünfte.

In Summe erhöhen diese Maßnahmen die verfügbaren Einkommen in Österreich um rund 2,02 Mrd. Euro sowie die Bruttowertschöpfung um rund 1,68 Mrd. Euro pro Jahr. Ihre Umsetzung löst somit einen einmaligen Wachstumsschub in Österreich in Höhe von mindestens 0,41 Prozentpunkten aus.



Digitalisierung als Treiber von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Beim IV-Forum Digitale Transformation im Haus der Industrie tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und OECD zu den Themen Künstliche Intelligenz (KI), Data-Sharing und Cloud sowie Digital Skills aus.

IV-Präsident Knill unterstrich, dass es trotz aktueller Herausforderungen wichtig sei in die Zukunft zu investieren und eine klare Strategie zu verfolgen. Unternehmen mit hohem digitalem Reifegrad seien innovativer, verfügten über ein stärkeres Wachstum und kämen besser durch die Krise.

Als Erstes stand das Thema KI im Mittelpunkt: Katharina Hölzle, Universität Stuttgart und Fraunhofer-Gesellschaft, gab in ihrer Keynote einen Überblick über die Umsetzung von KI-Anwendungen in verschiedensten Branchen und betonte die Bedeutung des intelligenten Zusammenwirkens zwischen Mensch und Technologie. In der Diskussion war man sich einig, dass es entscheidend ist, KI-Spitzenforschung am Standort zu stärken, KI-Hubs zu forcieren sowie ausreichend KI-Talente und -Fachkräfte sicherzustellen.

Der Themenblock Data-Sharing und Cloud wurde durch einen Vortrag von Oliver Ganser, Catena-X und BMW, eröffnet, der Einblicke in die Initiative für ein offenes Datenökosystem im Bereich der Automobilindustrie, Catena-X, gab. Im Zentrum der Diskussion standen die Chancen eines vertrauensvollen Datenaustausches für die Industrie sowie die Rolle von Gaia-X als Framework für den Datenaustausch.

Digital Skills fördern

Als Einstieg in das Panel zu Digital Skills zeigte Professor Schleicher, OECD, Perspektiven für die Zukunft von Schule und Bildung auf. In der Diskussion wurden wichtige Ansatzpunkte genannt wie ein stärker individualisierter Unterricht, Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft und die stärkere Begeisterung von Frauen für MINT-Ausbildungen und -Berufe.

Mit der Gründung der MINTality-Stiftung und den in Kürze startenden MINT-Regionen wurden dafür wichtige Schritte gesetzt.

Staatssekretär Florian Tursky und IV-Präsident Georg Knill beim Digital-Forum

ZUR PERSON
Katharina Hölzle
ist Mitglieg der Institutsleitung am Fraunhofer IAO

Welche Rolle spielen Forschung und Innovation in akuten Krisensituationen, wie wir sie derzeit erleben? Wie kann die digitale Transformation dabei helfen?
Hölzle: In akuten Krisensituationen ist es für die Forschung häufig nicht ganz leicht, spontan und sofort Lösungen aufzuzeigen. Digitale Technologien sind die Grundlage für eine effektive Zusammenarbeit. Sie ermöglichen durch Automatisierung und Flexibilisierung eine Neugestaltung der Arbeit, des Marktes und der Unternehmen.

Auch bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Schaffung einer stärker nachhaltig orientierten Wirtschaft wird die digitale Transformation eine wichtige Rolle spielen.

Wie kann man Unternehmen Mut zu mehr Innovation und auch Lust darauf machen?
Befähigt Eure Mitarbeitenden! Die meisten Menschen haben Interesse an der Lösung von Problemen und daran, etwas Neues auszuprobieren.

Was sind wichtige Erfolgsfaktoren, wenn es darum geht, die Ergebnisse der Forschung in Unternehmen umzusetzen und auf den Markt zu bringen?
Die Akteure müssen sich finden. Dies geht am besten in regionalen und überregionalen Innovationsnetzwerken, in denen Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zusammenkommen. Es braucht eine gemeinsame Sprache der beteiligten Akteure. Ein weiterer Punkt ist die frühzeitige Einbindung der späteren Nutzer. Und last, but not least: klares Commitment der Leitung.

Was braucht es, damit Europa bei Schlüsseltechnologien im globalen Wettbewerb vorn mitspielt?
Wir werden als Europa nicht bei allen Schlüsseltechnologien an der Weltspitze mitspielen können. Bei den digitalen Schlüsseltechnologien sollte Foresight-basiert eine Abschätzung vorgenommen werden, in welchen dieser Technologien Europa zur Weltspitze aufschließen und gezielt und konzentriert über Ländergrenzen hinweg in Innovationsökosysteme investiert werden kann. Wir sollten daran arbeiten, dass wir durch gemeinsame Anstrengungen ein Wissenschafts- und Innovationssystem schaffen, welches Talente anzieht, hält und weiterentwickelt.

AKTUELLES IN KÜRZE

Weichen für die Zukunft stellen

Technologieoffensive im nächsten FTI-Pakt (2024-2026) fortsetzen und ausbauen.

Wenn wir die digitale und grüne Transformation schaffen und in Schlüsseltechnologien nicht abgehängt werden wollen, um in internationalen Wertschöpfungsketten weiter mitzuspielen und sichtbar zu sein, dann müssen wir in Forschung, Technologie und Innovation (FTI) investieren! Dies ist unsere beste Chance und wesentlicher Hebel, mit widerstandsfähig gegen Krisen zu werden - sowohl in der Industrie als auch in der Gesellschaft insgesamt.

Die zuletzt verstärkten Investitionen innovativer Leitbetriebe in Österreich setzen ein starkes Zeichen für den FTI-Standort. Sie haben zudem in den Corona-Jahren ihre F&E-Ausgaben erhöht und setzen auch weiterhin auf Forschung, Technologie und Innovation.

Auf nationaler Ebene wird derzeit die Forschungsfinanzierung für die kommende Periode 2024-2026 (FTI-Pakt) diskutiert und verhandelt. Die Politik muss hier Rahmenbedingungen setzen und die bereits verankerte Technologieoffensive für angewandte Forschung, Technologieentwicklung und transformative Maßnahmen mutig und strategisch fortsetzen. Folgende Schwerpunkte sind dabei besonders wichtig: Digitalisierung, Informations- und Kommunikationstechnik und Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologien, innovative Produktions- und Materialtechnologien, Stärkung von Schlüsselsektoren wie Automotive, Elektronik, Life Sciences und Maschinenbau, innovative Energie- und Mobilitätstechnologien sowie themenoffene Programme mit wichtiger Radarfunktion und kooperative Formate zum Technologietransfer.

Räte zusammenlegen

Zudem wird die Gesetzesgrundlage für die Zusammenlegung des Wissenschaftsrats und des Rats für Forschung und Technologieentwicklung neu verhandelt. Wichtig ist dabei, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern aus den Bereichen Universitäten, außeruniversitärer Forschung und forschenden Unternehmen sicherzustellen! Denn: Zwei Drittel der Forschungsausgaben kommen von Unternehmen!

WEBTIPP
Aktuelle Informationen zu FTI und Forschung und Entwicklung:

CDG-Preis für Forschung und Innovation 2022 im Haus der Industrie

Die enge Zusammenarbeit zwischen Leitbetrieben und Forschenden ist die Basis für Innovationen und stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich. Am 22.09. vergab Wirtschaftsminister Martin Kocher den Preis für Forschung und Innovation 2022 der Christian Doppler Gesellschaft (CDG). Der Preis geht an CDG geförderte Josef Ressel-Zentren, die mit ihrer zukunftsweisenden Forschung zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmenspartner beitragen.

V.l.n.r.: Bundesminister Martin Kocher, Preisträger Günther Mayr und Sandra Stroj, CDG-Präsident Martin Gerzabek

Fotos: CD Forschungsgesellschaft/APA-Fotoservice/Reither, David Aussenhofere

1031 DIGITAL THESEN

Digitale Spitzenklasse durch Wissenschaft und Wirtschaft

Österreich muss durch stärkere Verschmelzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft digitale Spitzenklasse werden.

Österreichs Geschichte zeigt, dass eine lange Tradition unser Land mit Wissenschaft und Erfindergeist verbindet: von der Gründung der Universität Wien 1365 als älteste im deutschsprachigen Raum bis zu bahnbrechenden Erfindungen, wie dem Glühstrumpf durch Auer von Welsbach. Im wirtschaftlichen Bereich hat uns diese Innovationskraft zur Spitzenklasse gebracht: Rund 250 heimische „Hidden Champions", davon 73% aus dem Industriegüterbereich, beweisen das.. Die Verschmelzung beider Bereiche ist integraler Bestandteil des Erfolgs, der Wettbewerbsvorteile sicherstellt und mit Patenten abgesichert wird.

Vergleicht man die Nischenbereichsweltmarktführer mit der gesamten Unternehmenslandschaft Österreichs, zeigt sich, dass diese Erfolgshebel noch nicht überall genutzt werden:

- Das EU Innovation Scoreboard 2020: „Attractive research systems" beschreibt die Vernetzung von Forscherinnen und Forschern und die hohe Qualität von Forschungsergebnissen auf internationaler Ebene. Hier gibt es noch Verbesserungspotenzial.

- Österreichische Spin-offs : Österreich ist bei den Bildungsausgaben und jährlichen F&E-Investitionen von €12,7 Mrd. im internationalen Vergleich gut ausgestattet, mit insgesamt 71 Spin-offs von Universitäten und Fachhochschulen gibt es aber noch Luft nach oben.

- World Intellectual Property Organization: Österreichs angemeldete Patente, Markenzeichen und Industriedesigns sind im letzten Jahrzehnt konstant gewachsen, haben allerdings in den letzten Jahren an Fahrt verloren.

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft hat mit dem digitalen Aktionsplan, in dem auch die Positionierung als Innovationsregion angesprochen wird, ein holistisches Fundament zur Digitalisierung geschaffen. Leider lässt sich darin noch kaum etwas zur Industrie finden.

Um zur digitalen Spitzenklasse aufzusteigen muss es uns gelingen, unsere Stärken weiter auszubauen und Zukunftsthemen, wie die Industrie 4.0 durch die Verschmelzung von wissenschaftlicher Innovation und Wirtschaft weiter voranzutreiben. Wir als gruppe1031 sehen uns als Brücke zwischen Tradition und Moderne: Vom Industriesektor, dem Österreich einen Großteil seines Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte zu verdanken hat, zu den neu aufkommenden Innovatoren, die bereits erfolgreich Anwendungen im Bereich „Industrie 4.0" entwickelt haben.

WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen der gruppe1031 finden Sie auf **www.gruppe1031.at**

gruppe1031-Experte:
Alexander Zimm, Manager bei Simon-Kucher & Partners Strategy & Marketing Consultants GmbH

Ein Appell an die Vernunft

Der Wirtschaftsstandort Österreich ist aufgrund der multiplen Krisen in Gefahr. Alle müssen an einem Strang ziehen, um den Wohlstand zu bewahren.

Krieg, Energiekosten, Inflation und Corona halten die Bevölkerung nun schon seit einiger Zeit in Atem. Gerade die explodierenden Preise für Gas und Strom haben sich für die produzierende Industrie als existenzbedrohend entpuppt. Unternehmer kämpfen mit der Rentabilität ihrer Betriebe - bei jedem, der nicht abgesichert ist, stehen Werksschließungen im Raum. Bleiben die Energiepreise langfristig auf dem aktuellen Niveau, droht hierzulande eine Deindustrialisierung. Das wäre nicht nur für den Arbeitsmarkt eine Katastrophe, sondern auch für den Klimaschutz. Verlagert sich die Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltauflagen, hätten sich die Jungen hierzulande dann vergeblich für Nachhaltigkeit eingesetzt.

Wir müssen also alles tun, um eine Abwanderung der Unternehmen zu verhindern. Das bedeutet für den Staat - zumindest kurzfristig - massive Mehrausgaben und Subventionen für Betriebe – in Zeiten, in denen wir das Geld auch an vielen anderen Ecken bräuchten. Die Politik muss daher beim Einsatz des Staatshaushaltes klare Prioritäten setzen, um den Wohlstand im Land zu halten.

Dafür brauchen die Politiker allerdings auch das Verständnis und die Vernunft der Bevölkerung, denn es scheint in Krisenzeiten notwendig, die eigenen Bedürfnisse vorübergehend zum Wohle der Allgemeinheit hintanzustellen.

Wenn wir uns die Forderungen der Pensionisten im Zuge der Pensionserhöhungen ansehen, wird leider schnell klar, dass wir davon noch entfernt sind. Vier Milliarden Euro kosten uns allein die aktuellen Pensionserhöhungen dieses Jahr – von den Unsummen, die das Pensionssystem sonst jährlich verschlingt, ganz zu schweigen.

Zusätzlich zu den enormen Energiekosten werden die Unternehmen hierzulande noch durch die hohe Inflation belastet. Die Preise steigen in rasantem Tempo und erschweren eine rentable Produktion zunehmend. Es braucht daher Mäßigung bei den Forderungen auf allen Ebenen, ansonsten schlittern wir schneller als gedacht in eine Rezession und ein gesamtwirtschaftliches Desaster.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

WELCOME ON BOARD

Wechsel in der Geschäftsführung der Jungen Industrie

Valentin Falb folgt Lisa Herwey

Valentin Falb ist neuer Bundesgeschäftsführer der Jungen Industrie. Falb (29) folgte mit Oktober Lisa Herwey nach, die sich einer neuen beruflichen Herausforderung widmet.

Er studierte Rechtswissenschaften in Wien und Hongkong und leitete einige Jahre ein Start-up Unternehmen. Nach Absolvierung des Traineeprogramms der Industriellenvereinigung im Rahmen einer Station in der Sektion II des Wirtschaftsministeriums (Wirtschaftsstandort, Innovation und Internationalisierung) wechselte er im Dezember 2021 zur Industriellenvereinigung Wien, wo er nach wie vor als Referent und Geschäftsführer der Wiener Jungen Industrie tätig ist.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.
Grafik: Nina Mayrberger, Tom Matanovic, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/LR Schuschnig Taltavull, IV-NÖ/Andi Bruckner, IV-OÖ/Pixabay, IV-Salzburg/ AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Fitsch/Tyrolit, IV-Vorarlberg/Frederick Sams, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.
Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Fotos: JI/Strobl, AdobeStock, Frederick Sams

Güterverkehr: Land plant auf Basis falscher Annahmen

Die Betriebe wollen mehr Güter auf die Schiene verlagern, können es aber nicht.
Dazu präsentierte die IV eine Studie über den tatsächlichen Bedarf in Vorarlberg am Beispiel Dornbirn Wallenmahd.

Gemeinsam mit der ÖBB Infrastruktur AG hat das Land Vorarlberg in der SMA-Studie kürzlich untersucht, in welchem Ausmaß Vorarlbergs Schieneninfrastruktur während der nächsten Jahrzehnte gefordert sein wird. Auf Basis der verschiedenen Szenarien wurden Prognosen zu ihrem Ausbau angestellt und darauf aufbauend ein Güterverkehrskonzept mit Maßnahmen zur Förderung des Güterverkehrs in Vorarlberg erstellt. Christian Zoll, Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Vorarlberg, begrüßt zwar die Auseinandersetzung mit dem Thema, gibt sich aber mit dem Ergebnis nicht zufrieden: „Das Güterverkehrskonzept des Landes und die darin enthaltende Studie zur Flächensicherung ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Planung der Infrastruktur im Land. Als Grundlage der Prognose zum Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Güterverkehr dienten jedoch Zahlen aus der Vergangenheit. Die Betriebe im Land hingegen wurden nicht befragt, wie viel sie künftig über die Schiene abtransportieren müssten. Das hat zur Folge, dass sowohl das Land als auch die ÖBB den Bedarf massiv unterschätzen. Es wird hier also von falschen Annahmen ausgegangen, die Rechnung zur Verlagerung auf die Schiene wird so nicht aufgehen." Deshalb hat die IV-Vorarlberg eigens eine Studie zur Überprüfung dieser Zahlen beauftragt, da in Absprache mit Industriebetrieben mangelnde Kapazitäten festgestellt wurden.

Pressekonferenz zur Zukunft des Schienen-Gütertransports in Vorarlberg mit IV-Geschäftsführer Christian Zoll und IV-Vizepräsident Hubert Rhomberg

Mehr Kapazitäten für den Güterverkehr notwendig als Land und ÖBB feststellen

Die von der IV-Vorarlberg in Auftrag gegebene und von dem Experten für Verkehrswirtschaft und Eisenbahnwesen, Ralf Chaument verfasste Studie analysiert anhand eines konkreten Beispiels – dem Güterverkehr südlich Dornbirns mit der Anschlussbahn Stöcken/Wallenmahd – die Herausforderungen an die Schieneninfrastruktur für den Güterverkehr und kommt zu dem Ergebnis, dass die Studie von Land und ÖBB zu falschen Schlüssen führe, die in der Praxis so nicht funktionieren würden. Die in der Studie prognostizierte Nachfrage für das Jahr 2040 wird bereits heute schon erreicht; das Land geht von einer deutlich niedrigeren Anzahl an Güterzügen aus als heute schon vorhanden ist. Außerdem würden die morgendlichen Stoßzeiten im Personenverkehr nicht berücksichtigt: Da dieser gegenüber dem Güterverkehr bevorzugt behandelt wird, würden diese den Güterverkehr verzögern und dessen Situation verschlechtern. Der stark steigende Bedarf der Betriebe zur Verladung von Gütern auf die Schiene würde in der Studie des Landes nicht berücksichtigt. Der Zusatzbedarf könne mit den Angebotsverdichtungen im Personenverkehr ohne spürbaren Ausbau der Eisenbahninfrastruktur gar nicht bewältigt werden.

Zahlen verdeutlichen Handlungsbedarf

Ralf Chaumet, Autor des Gutachtens, kann das anhand eines konkreten Beispiels zeigen: „In der Studie des Landes ist man auf der Strecke Wolfurt - Lauterach Süd für 2019 von insgesamt sechs Güterzügen in einem Tageszeitraum ausgegangen. Die Realität ist allerdings, dass bereits jetzt 27 Güterzüge pro Tag diese Strecke nutzen. Dieser Wert von heuer, 2022, übertrifft teils sogar die Prognosen für 2040. Man sieht also, dass es hier um alles andere als kleine Differenzen geht. Somit unterschätzt das Land den Bedarf für heuer bereits um das fast fünffache (!); was das für die Prognosen für 2040 bedeutet, wenn die Analysedaten so weit auseinanderliegen, braucht man wohl nicht näher zu erläutern." Anhand dieses Beispiels wird der Handlungsbedarf also mehr als deutlich, so Chaumet: „Meine Untersuchungen zeigen, dass die geplanten Kapazitäten des Güterverkehrs nicht ansatzweise dem Ziel einer Verlagerung auf die Schiene und den Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen."

Mehr Güter auf Schiene zu bringen wird verhindert

Hubert Rhomberg, Vizepräsident der IV-Vorarlberg, zieht daraus folgenden Schluss: „Alle Beteiligten haben dasselbe Ziel: nämlich den Gütertransport mehr und mehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, unsere Straßen zu entlasten und den Klimaschutz ernst zu nehmen. Dafür reicht unsere gegenwärtige Infrastruktur aber nicht aus, wie unsere Studie eindrücklich verdeutlicht. Es muss also investiert und ausgebaut werden. Wenn man aber den Bedarf dermaßen unterschätzt, kann dieser Plan nicht funktionieren."

Rhomberg wünscht sich daher ein Umdenken des Landes und eine fundierte Analyse des Bedarfs unter Einbeziehung der Vorarlberger Unternehmen und deren Anforderungen: „Die von uns erhobenen Zahlen zeigen auf, wie viel Bedarf es im Industriegebiet Wallenmahd gibt. Wir wissen allerdings auch von anderen Bereichen im Land, in denen der Bedarf signifikant höher ist, als die tatsächlichen Möglichkeiten es zulassen. Bereits jetzt wollen Unternehmen mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagern, können es aber nicht. Unsere Betriebe wissen am besten, wie hoch der Transportbedarf derzeit ist und wie er sich weiterentwickeln wird. Daher braucht es eine neuerliche

IV-Geschäftsführer Christian Zoll und IV-Vizepräsident Hubert Rhomberg

Analyse gemeinsam mit den Vorarlberger Betrieben, um den künftigen Infrastrukturausbau an den tatsächlichen Bedarf anzupassen und die erforderliche Qualität im Güterverkehr zu erreichen."

Sicher sei jedenfalls die Notwendigkeit eines Gleisausbaus. Rhomberg dazu: „Wir wissen schon jetzt, dass wir so schnell wie möglich die durchgehende Dreigleisigkeit von Bregenz bis Feldkirch für einen qualitativ hochwertigen Güterverkehr brauchen. Einige Ausbauten müssen deshalb in einem Stufenplan vorgezogen werden, um einen funktionierenden Güterverkehr zu gewährleisten. Mittelfristig muss auch ein viertes Gleis im Rheintal folgen; nur so gelingt die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene."

Sei der tatsächlich höhere Bedarf vom Land erkannt, gehe es um die schnellstmögliche Sicherung von Flächen, so Rhomberg: „Um der tatsächlichen Nachfrage nach Schieneninfrastruktur gerecht zu werden, müssen vor allem die notwendigen Flächen für den Ausbau von Gleisen rasch ausgewiesen und gesichert werden. Nur so kann das Land zügig mit den für den Güterverkehr notwendigen Maßnahmen beginnen. Die Vorlaufzeit für den Gleisbau ist sehr hoch, deshalb braucht es hier auch zügiges und entschlossenes Handeln seitens der Landesregierung."

Rhomberg erwarte sich jedenfalls, dass sich die Landesregierung dafür einsetze, dass die Bevorzugung des Personenverkehrs im Bund hinterfragt werde: „Derzeit muss ein Güterzug stehen bleiben, wenn ein Personenzug verspätet ist und die vorhandene Gleise benötigt. Unter anderem das hat zur Folge, dass ein Personenzug nach Wien weniger als sieben Stunden benötigt, ein Güterzug jedoch mehr als zwei Tage! Ein LKW schafft die Strecke übrigens in weniger als acht Stunden. Es ist für Unternehmen also sehr unattraktiv, ihren Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Unter den Konsequenzen leiden aber nicht nur die Betriebe, sondern wir alle: Einerseits schadet das dem Klima, andererseits verstopft es unsere Straßen. Wir müssen den Mut haben, diese Regelung, dass der Personenverkehr gegenüber dem Güterverkehr immer Vorrang hat, zu hinterfragen, wenn wir es mit der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ernst meinen."

Foto: Frederick Sams

Neues Gesetz zur Kinderbetreuung: Richtung stimmt, Ziel aber noch nicht erreicht

Mit den Stimmen von ÖVP und Grünen wurde Anfang Oktober das neue Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz im Landtag verabschiedet. IV-Vorarlberg Präsident Martin Ohneberg spricht von einem Schritt in die richtige Richtung, dem allerdings der Mut fehle: „Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist man mit diesem Gesetz sicherlich nähergekommen, vor allem was die 3- bis 5-Jährigen betrifft. Bei älteren und jüngeren Kindern sind die Rahmenbedingungen jedoch nach wie vor nicht zufriedenstellend. Hier haben wir auch in der Begutachtung auf starke Verbesserungen gedrängt, leider ohne entsprechend Gehör zu finden. Wenn man es in Vorarlberg mit der Gleichberechtigung ernst meint und gegen den Mitarbeitermangel ankämpfen möchte, dann braucht es einen mutigeren Ausbau der Kinderbetreuung."

Begutachtungsphase brachte nicht erwartetes Ergebnis

Schon seit Jahren hat sich die IV umfassend in die Gespräche rund um dieses neue Gesetz eingebracht. Dazu wurde beispielsweise eigens ein Dashboard erstellt, das der breiten Öffentlichkeit einen einfachen Überblick über Angebot und Nachfrage zur Kinderbetreuung in Vorarlberg zur Verfügung stellt. Auch während der Begutachtungsphase in den letzten zwei Monaten hat die IV ausführlich Stellung genommen und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Martin Ohneberg dazu: „Viel wurde seit dem ursprünglichen Vorschlag nicht verändert. Von der Begutachtung haben wir uns definitiv mehr erwartet." Dennoch sei man vereinzelt auf konkrete Forderungen eingegangen, so Ohneberg weiter: „Ursprünglich sah der Versorgungsauftrag für die 2-Jährigen höchstens fünf Stunden Betreuung pro Werktag vor. Auf Betreiben der IV hin wurde dieser Passus aber abgeändert, nun stehen den 2-Jährigen mindestens fünf Stunden Betreuung pro Tag zur Verfügung. Das ist aus unserer Sicht natürlich sehr erfreulich und geht in die richtige Richtung. Hier hätten wir uns aber erwartet, dass dieses Ausmaß noch gesteigert wird. Vor allem aber wäre uns die rechtliche Handhabe beim Versorgungsauftrag wichtig gewesen. Auch hier hat sich leider nichts mehr getan."

> *„Das beschlossene Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist der große Wurf ausgeblieben."*
>
> **Martin Ohneberg, Präsident IV-Vorarlberg**

Klarer Plan bis 2035 erwartet

Auch wenn das beschlossene Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung sei, so fehle weiterhin die langfristige Perspektive. „Das Land Vorarlberg hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 der chancenreichste Lebensraum für Kinder zu werden. Das jetzige Gesetz ist bei weitem nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen. Was uns also fehlt, ist ein Plan, der die Vision auch zu Ende denkt. Dabei geht es einerseits um ambitioniertere und notwendige ganztägige Betreuungs- und Bildungsangebote ab dem ersten Lebensjahr. Andererseits sind aber auch Maßnahmen zur Bekämpfung des akuten Personalmangels in der Elementarbildung und der Attraktivierung des Berufsbildes wichtig", so Ohneberg. „Wir brauchen in Vorarlberg eine ausgebaute, qualitativ hochwertige Kinderbildung und -betreuung, um als Standort attraktiv zu sein und beiden Eltern eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Schlussendlich braucht es den Mut, die Vision auch mit Leben zu füllen, um bis 2035 das Ziel zu erreichen. Schließlich bedeutet eine gut ausgebaute Kinderbetreuung Wahlfreiheit für die Eltern, Chancengerechtigkeit für die Kinder und neue Mitarbeiter für die Wirtschaft", so Ohneberg abschließend.

AKTUELLES IN KÜRZE

1. MINT-Gymnasium erneut ausgezeichnet

Im Jahr 2019 wurde das BG Dornbirn als erstes Gymnasium in Vorarlberg als MINT-Schule ausgezeichnet; heuer hat es erneut dieses Gütesiegel erhalten. In Österreich gibt es mittlerweile rund 500 MINT-Bildungseinrichtungen, davon 14 im Ländle. Mit dem MINT-Gütesiegel der gemeinsamen Initiative von Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, IV, Wissensfabrik Österreich und PH Wien werden Bildungseinrichtungen ausgezeichnet, die innovatives Lernen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) fördern. Dazu IV-Geschäftsführer Christian Zoll: „Konzepte wie das MINT-Gütesiegel tragen dazu bei, Vorarlberg zukunftsfit zu machen. Durch den starken Einsatz des Lehrpersonals profitieren Kinder, Wirtschaftsstandort und Gesellschaft enorm. Jetzt braucht es weitere MINT-Schulen, um noch mehr junge Menschen für Technik und Naturwissenschaft zu begeistern".

Das war das VIBE 22 der Jungen Industrie

Mit dem VIBE 22 ließ die Junge Industrie am 16.09. im Conrad Sohm den Sommer ausklingen und läutete zugleich mit satten DJ-Sounds den JI-Herbst ein. Networking und Clubbing standen dabei gleichermaßen auf dem Programm.

Nach einem gemütlichen Einklang auf der überdachten Terrasse bei kühlen Drinks und warmen Speisen tanzten zahlreiche Mitglieder und viele weitere Gäste bis in die frühen Morgenstunden zu den Klängen des international bekannten DJ-Duos Monkey Safari, unterstützt von den local Artists DOS und Texho. Die neue JI-Vorsitzende Anna Hilti und der JI-Vorstand freuten sich, nach zwei Jahren wieder mit Mitgliedern in Austausch zu kommen und den Start in den gemeinsamen JI-Herbst zu feiern.

Fotos: Adobe Stock, Laurence Feider, Aurelian Böhler

Müssen Energiekrise entschlossen bekämpfen

3. Forum:Industrie der IV-Vorarlberg mit Energie- und Klimaschutzministerin Leonore Gewessler bei Doppelmayr

Beim Forum:Industrie der Industriellenvereinigung Vorarlberg, dem Gesprächsformat zwischen Bundespolitik und Industrie, war Ende September. Energie- und Klimaschutzministerin Leonore Gewessler bei der Firma Doppelmayr zu Gast. Rund 100 Vertreter der Vorarlberger Industrie und industrienaher Dienstleistungen diskutierten mit der Bundesministerin über die Belastungen durch die Energiepreise, Hürden beim UVP-Verfahren und dem notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energie.

Martin Ohneberg, Präsident der IV-Vorarlberg, zeigte sich erfreut über die Diskussionsbereitschaft: „Bundesministerin Gewessler ist mit ihrem Ressort für die Industrie ein wichtiger Ansprechpartner, deshalb freuen wir uns, dass sie mit uns in den Dialog tritt. Die derzeitige Situation ist für viele Betriebe existenzbedrohend, sowohl aufgrund der Energiepreise als auch durch die Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit. Das erfordert Maßnahmen mit Hausverstand, die sofort wirken und entlasten."

„Wir brauchen alle an Bord, um gut durch diese Krise zu kommen – gerade auch die Industrie."

Leonore Gewessler, Klimaschutzministerin

„Viele Unternehmen wollen einen Beitrag für Energieautonomie und klimafreundliche Energieträger leisten, sind von langwierigen und komplizierten UVP-Verfahren aber abgeschreckt."

Martin Ohneberg, Präsident IV-Vorarlberg

Europäischer Strommarkt muss reformiert werden

Im Zentrum der Diskussionen stand natürlich die Energiekrise, die sich durch enorm gestiegene Preise für Gas, Öl und Strom zu einer existenziellen Bedrohung für die Vorarlberger Wirtschaft entwickelt hat. Martin Ohneberg dazu: „Der Kern dieses Problems kann nur auf EU-Ebene gelöst werden. Wir brauchen temporär staatliche Eingriffe in die Preisfindung, etwa ein EU-weiter Strompreis-Cap oder die Subventionierung von Extremspitzen beim Gaspreis, um die exorbitant gestiegenen Preise wieder abzufedern. Der europäische Strommarkt muss reformiert, die Preisbildungsmechanismen adaptiert werden. Wichtig ist dabei nur, dass das neue System entlang marktwirtschaftlicher Prinzipien aufgebaut wird. Hier muss es schnellstmöglich zu einer Lösung kommen. Unsere Betriebe brauchen sofortige Unterstützung."

Dazu Bundesministerin Leonore Gewessler: „Der europäische Strom- und Gasmarkt ist seit vielen Jahren liberalisiert und integriert, aber dieser Markt stößt jetzt an seine Grenzen. Deshalb ist es notwendig, auf europäischer Ebene mit einer gut durchdachten und rasch umsetzbaren Reform Wladimir Putins Preistreiberei wirkungsvoll zu bekämpfen. Wir brauchen alle an Bord, um gut durch diese Krise zu kommen – gerade auch die Industrie. Es müssen aber auch alle ihren Beitrag leisten."

Kurzfristige Maßnahmen auch auf Bundesebene notwendig

Es gäbe aber auch eine Reihe von Maßnahmen, die man in Österreich umsetzen könne, um Symptombekämpfung zu betreiben und Abhilfe zu leisten, so Ohneberg weiter. „Der wichtigsten kurzfristigen Schritte sind die Erhöhung des Energiekostenzuschusses für energieintensive Unternehmen, die Ausweitung und Verlängerung der Strompreiskompensation sowie eine Liquiditätsstärkung für Unternehmen. Beim Energiekostenzuschuss ist bisher kein Geld für Unternehmen geflossen. Das muss sich schnellstmöglich ändern."

Auch mittelfristig gebe es einige Dinge, die der Industrie wichtig seien, so Ohneberg: „Viele Unternehmen wollen einen Beitrag für Energieautonomie und klimafreundliche Energieträger leisten, sind von langwierigen und komplizierten UVP-Verfahren aber abgeschreckt. Hier erwarten wir von der anstehenden UVP-Reform Erleichterungen für sinnvolle, klimafreundliche Projekte." Auch bekenne sich die Industrie zur Dekarbonisierung, sehe diese sogar als Wettbewerbsvorteil. Es brauche aber nicht nur einen klaren Plan, welche Ziele erreicht werden sollen, sondern auch, welche konkreten Projekte umgesetzt werden würden.

Bundesministerin Gewessler dazu: „Österreich hat sich über Jahrzehnte immer weiter in die Abhängigkeit von Wladimir Putin begeben. Nun gilt es, den Fehlern der Vergangenheit zukunftsfähige Konzepte entgegenzusetzen und für schnelle Entlastung zu sorgen. Und genau das tun wir: Als Bundesregierung bringen wir mit der UVP-Novelle eine Überholspur für die erneuerbaren Energien auf den Weg, die den Erneuerbaren-Ausbau über das EAG weiter unterstützt. Wir haben auch bereits eine ganze Reihe von Entlastungen für die Bevölkerung umgesetzt. Unternehmen unterstützen wir, indem wir die spezifischen Abgaben für Erdgas und Strom um rund 90 Prozent gesenkt haben, und das bis 30. Juni 2023. Das bringt eine Entlastung von rund 900 Millionen Euro."

Fotos: Aurelian Böhler